

# Heftiger Streit um Gemeinde-Geld für BI

## CDU und Bürgerliste überstimmen in Neuhofer die Kritiker

### NEUHOFF

So leidenschaftlich und emotional haben sich Neuhofer Gemeindevertreter wohl lange nicht um 5000 Euro gestritten: Nach langer Diskussion darf eine Bürgerinitiative mit Gemeindegeld unterstützt werden.

Die Diskussion darum, ob die Kommune 5000 Euro aus dem laufenden Etat an die Bürgerinitiative (BI) „Pro Lebensraum Fulda/Vogelsberg“ zahlen darf, dauerte rund eine halbe Stunde. Letztlich wurde das Ansinnen mit den Stimmen von CDU und BLN befürwortet. Im Haupt- und Finanzausschuss (HFA) hatte nur die CDU zugestimmt.

Mit dem Geld will die BI nach Auskunft des Ersten Beigeordneten Franz Josef Adam (CDU), der sich mit Mitgliedern der BI getroffen hatte, eine Rechtsanwaltskanzlei mit der Wahrung ihrer Interessen beauftragen, weil Firmen bei Hintersteinau den Bau von Windkraftanlagen vorantrieben.

Kritik an der finanziellen Unterstützung der BI durch die Gemeinde kam von Sozialdemokraten und Grünen: SPD-Fraktionschefin Petra Hartung bezweifelte, dass alle Neuhofer gegen Windkraft seien; gleichzeitig müssten aber alle Bürger die 5000 Euro tragen. Die Gemeinde müsse sich neutral verhalten. Auch sei „das Geld zu schade, wenn zugleich Bürger mit höheren Gebühren belas-

tet“ würden. Wenn die BI Geld erhalte, müsste die Gemeinde Initiativen auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen unterstützen. Zudem gebe es für Neuhofer „keine Anknüpfungspunkte“ zur BI, die in Flieden arbeite, und die Genehmigung der Räder unterliege einem rechtsstaatlichen Verfahren.

Die schärfste Kritik kam von den Grünen. Fraktionschef Josef Benkner sagte, der Ausbau

der Windkraft sei gesellschaftlicher Konsens; wer sich für die Unterstützung der BI einsetze, solle dies mit eigenen Mitteln tun. Ihm erschließe sich der „Zwang, dass Neuhofer Gebühren dafür opfert“, nicht, zumal gleichzeitig die Kita-Gebühren steigen sollen.

Zudem warf er der CDU vor, „mit gespaltener Zunge“ zu reden, weil sie sich auf Bundes- und Landesebene für den Windkraftausbau einsetze, während sie in Neuhofer die Kritiker unterstützen wolle. Schließlich platzte dem Ersten Beigeordneten Adam der Kragen: „Ich verbiete Ihnen zu sagen, dass Mittel verschleudert werden.“ Benkniers Äußerung nannte Adam eine Hetzkampagne. Die Menschen vor Ort hätten „ein berechtigtes Interesse“, und fühlten sich durch Windräder, die in der Nähe stehen und geplant seien, bedroht. „Die Firmen haben eine Armada von Anwälten“, sagte er. Als einfacher Anwohner „dagegenzuhalten“, gehe nicht. Auch Hauswurzer und Kauppener seien von den Windenergieplänen an der Landkreisgrenze betroffen. nz



Hinter der Fuldaer Landkreisgrenze – hier ein Blick auf eine Windkraftanlage bei Flieden-Stork – sollen weitere Windräder gebaut werden.  
Foto: Norman Zellmer